

Brüggen *direkt.*

INFORMATIONEN DER SPD-BRÜGGEN



Krieg mitten in Europa

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Unsere Welt scheint unberechenbar zu werden. Ein Angriffskrieg in Europa. Blut und Tränen in der Ukraine. Fassungslose Politiker. Putins Krieg entsetzt die Welt. Und er zerstört eine tiefe Gewissheit der Nachkriegsgeneration: dass Europa ein Ort des Friedens ist.

Das hat Folgen für jeden Einzelnen. Die Politik in der Gemeinde Brüggen folgt ihrem eigenen Rhythmus. Wir erklären uns solidarisch mit der Ukraine.

Trotzdem ist der Landtagswahlkampf in vollem Gange und viele Menschen sind auf dem Weg Kandidatinnen und Kandidaten anderer Parteien zu wählen. Trotz erschwelter Bedingungen sind deshalb jetzt auch unsere Freiwilligen besonders aktiv.

Gerade haben sie eine Videokonferenz erledigt. Jetzt sind sie mitten in der Wahlkampfstellung. Ebenso sind sie regelmäßig im Gemeindegebiet unterwegs. Sie beobachten die Abläufe im öffentlichen Leben, im Straßenverkehr ebenso wie die des ÖPNV und bereiten sich bereits auf die Fragen mit den besonderen Herausforderungen unserer älteren Mitbürger*innen vor.

Einen sehr wichtigen Teil unserer Arbeit können wir aber derzeit leider nicht ausüben: die Gespräche mit Einwohnern und Gästen im Gemeindegebiet, wie sehen sie unsere Gemeinde, was ist bereits gut und was gibt es noch zu verbessern. Sämtliche Veranstaltungen fallen aus, unsere Infostände sind nur zeitlich begrenzt zu beset-

zen. Wir leisten unseren Beitrag. Dürfen aber auch nicht vergessen, andere und auch unsere Teams zu schützen.

Leider fehlt uns so eine Rückmeldung aus unserer Bevölkerung, mit denen wir die praktischen Vorschläge in Anträge und Beratungshinweise umsetzen können.

Deshalb sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie unseren Einsatz für die Landtagswahl und wählen sie unsere Kandidaten der SPD. Nur mit Ihrer Unterstützung werden wir uns auch in Zukunft für unsere Gemeinde, den Kreis und das Land sowie im Bund engagieren können.

Ihr Georg Rumi



Georg Rumi ist
Ratsmitglied und Vorsitzender
des SPD-Ortsverbandes Brüggen

Kontakt:
Hochstraße 70
41379 Brüggen
0 21 63 / 65 01

**Solidarität
mit der Ukraine.
Nein zu Putins Krieg.
Frieden jetzt!**



SPD

THEMA u.a. Strassenausbaubeiträge / Bezahlbares Zuhause

**WIR HALTEN
ZUSAMMEN**
www.spd-brueggen.de



Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – für Entlastung der Haushalte

Es ist an der Zeit, die Straßenausbaubeiträge in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen. Oft müssen Anwohnerinnen und Anwohner vier- bis fünfstellige Beiträge zahlen, wenn die Straße vor ihrem Grundstück saniert wird. Diese Last ist für viele Haushalte kaum oder gar nicht zu stemmen, hier müssen die Bürger dringend entlastet werden.

Die NRW-Landesregierung hat in dieser Woche mit den regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP angekündigt, die Förderung bei den Straßenausbaubeiträgen von derzeit 50 Prozent der anfallenden Kosten auf 100 Prozent zu erhöhen. Eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und damit eine echte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gibt es damit nicht. Die Ankündigung reicht aus meiner Sicht nicht aus, um die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft und zuverlässig von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten.

„Was CDU und FDP nun planen, behält ein Bürokratiemonster bei, ohne einen Effekt der Entlastung!“

Tanja Jansen

Die Ankündigung von Schwarz-Gelb ist ein unausgereifter Schnellschuss kurz vor der Landtagswahl. Fünf Jahre hatte die Landesregierung Zeit, Bürgerinnen und Bürger bei den Straßenausbaubeiträgen spürbar zu entlasten. Was CDU und FDP nun planen, behält ein Bürokratiemonster bei, ohne einen Effekt. Das bisherige aufwändige Fördersystem soll einfach mit angepasster Förderquote fortgesetzt werden. Unter enormem Verwaltungsaufwand müssten Kommunen in diesem System fällige Straßenausbaubeiträge ermitteln, um dann festzustellen, dass keine Zahlung notwendig sei. Das unterstreicht, wie undurchdacht die Ankündigung von Schwarz-Gelb ist.

Auch rechtlich ist das schwarz-gelbe Vorgehen mehr als fragwürdig. Denn das Gesetz, nach dem Straßenausbaubeiträge zu erheben sind, bleibt nach den Plänen von Schwarz-Gelb erhalten. Die Förderung soll lediglich die zu zahlende Summe auffangen. Warum schaffen CDU und FDP die Straßenausbaubeiträge nicht ganz ab? Das ist wesentlich effektiver und verlässlicher als ein undurchsichtiges Fördersystem. Denn was passiert, wenn Fördermittel aufgebraucht sind? Werden

die Bürgerinnen und Bürger doch wieder zur Kasse gebeten? Die rechtliche Grundlage bestünde beim Vorgehen von CDU und FDP weiter. So hält sich die Landesregierung eine Hintertür offen.

Die SPD hat einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht. Wir möchten damit die gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Beiträge kippen. In der kommenden Woche stimmt der Landtag über den SPD-Vorschlag ab. Wenn die Regierungsfaktionen ihre Versprechen ernst meinen, müssen sie unserem Gesetz zustimmen. Ansonsten haben CDU und FDP nicht mehr als Ankündigungspolitik betrieben.

„Alle wissen: Nur durch die SPD wird die Abschaffung auch wirklich Realität.“

Tanja Jansen

CDU und FDP haben eine Entlastung bei den Straßenausbaubeiträgen lange Zeit abgelehnt. Zu Beginn der Debatte hieß es von der CDU noch, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei „Freibier für alle“. Jetzt können die Betroffenen nur hoffen, dass die Landesregierung die Zeche auch wirklich zahlt. Wenn es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geht, wissen die Betroffenen sehr wohl, wem sie in dieser Frage am meisten vertrauen können. Alle wissen: Nur durch die SPD wird die Abschaffung auch wirklich Realität.



SPD

Tanja Jansen

Eure Landtagskandidatin

Interkommunales Bad

Die Diskussion um das interkommunale Bad nimmt zur Zeit wieder Fahrt auf, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Aus meiner Sicht hat die Brüggener SPD eine klare und eindeutige Haltung für das Projekt eingenommen. An der grundsätzlichen Argumentation hat sich nichts geändert.

Nur weil sich aktuell in Niederkrüchten Widerstand aus unterschiedlichen Lagern bildet, von dem wir noch nicht absehen können, ob dieser bei den Entscheidungsträgern zu einer Meinungsänderung führt, sollten wir unsere Position nicht aufgeben. Zudem ist der Betrieb eines Bades für eine Kommune allein zu kostspielig und die Möglichkeit ein defizitäres Bad auf die Schultern

zweier Kommunen zu legen darf hier nicht unbetrachtet bleiben. Die Besonderheit, dass hier erstmals zwei Kommunen ein Bad planen führt selbstverständlich zu mehr Abstimmungsproblemen in der Planung und sollte uns nicht vom einmal eingeschlagenen Weg abbringen. Dieses Zukunftsprojekt, welches einmalig in NRW ist, sollten wir nicht aufs Spiel setzen.

Frank Otten
Sachkundiger Bürger
der Burggemeinde Brüggen
Kontakt:
Alst 63
41379 Brüggen
Tel. 02157 / 3025568



Wir setzen uns weiter für ein bezahlbares Zuhause in Brüggem ein

Es bleibt für die SPD in Deutschland, aber natürlich auch für die SPD Brüggem weiter ein wichtiges Thema, wo wir viel Kraft investieren wollen, um die Situation deutlich zu verbessern. In den letzten Jahren haben wir schon oft im Rat und in Ausschüssen der Burggemeinde aber auch in direkten Gesprächen auf die aktuelle Wohnsituation hingewiesen und darüber berichtet.

Leider ist in den letzten Dekaden viel zu wenig in dieser Richtung in unser Burggemeinde umgesetzt. Insbesondere seit 2014 haben wir jährlich verstärkt auf dieses Thema hingewiesen und viele Anträge in den Rat eingebracht.

Bereits vor den Kommunalwahlwahlen berichteten wir in Brüggendirekt mit einem Artikel, der die Chronologie der letzten Jahre zu diesem Thema aufgezeigt und über die aktuelle Wohnsituation und die Möglichkeit der Gründung einer Wohnbaugesellschaft berichtet.

Es ist zwar für dieses Jahr etwas Bewegung in den Bau von bezahlbarem Wohnraum gekommen, aber es ist viel zu wenig für die Aufgaben und Nöte, die uns künftig bevorstehen.

Bereits im Februar 2016 wurde folgender Beschluss vom Burggemeinderat gefasst:

„Der Rat der Burggemeinde Brüggem beauftragt die Verwaltung, zunächst Gespräche mit potenziellen Investoren zu führen und die Ergebnisse zügig in den politischen Gremien weiter zu beraten und voranzutreiben. Hierzu gehört neben einer möglichen Investorenauswahl auch die Klärung der Standortfrage. Bis zur Vorlage der Ergebnisse werden Planungen zu eigenen Baubestrebungen zurückgestellt, jedoch unverzüglich wiederaufgenommen, wenn durch private Wohnungsbauträger kein ausreichendes Angebot geschaffen werden kann.“
-Rat 23.02.2016-

Da sich die Wohnmarktsituation und die Bauvorhaben für bezahlbaren Wohnraum in den darauffolgenden Jahren kaum verbesserte, haben wir von der SPD-Fraktion Brüggem seit April 2018 mehrere Anträge zur Wiederaufnahme von Gesprächen zur Gründung einer

Wohnbau- und Wohnbauverwaltungsgesellschaft nachgelegt. Hierzu ist sogar ein Budget auf Drängen der SPD in den Haushalt 2021 eingestellt worden, aber es wurde nicht genutzt oder in die Richtung etwas umgesetzt.

Gerade im Wohnversorgungsbereich von 100 m², 80 m² oder sogar unter 60 m² sehen wir aktuell sehr große Defizite in unserer Burggemeinde. Die Überlegungen einer eigenen Bau- bzw. Wohnbaugesellschaft oder einer Gesellschaft mit gemeindlicher Beteiligung werden von der SPD Brüggem weiter favorisiert.

Die Problematik wird jedes Jahr aufs Neue im Sachstandsbericht des Ausschuss für Soziales, Teilhabe und Generationen (früher für Senioren und Soziales), auf Nachfrage der SPD hin, deutlich. Insbesondere weil die Burggemeinde auf dem Wohnungsmarkt selber Wohnraum teuer anmieten muss und somit den Wohnraum für betroffene Bevölkerungsgruppen zusätzlich verknappt. Diese Situation für die Burggemeinde kann sich durch die aktuelle Ukraine – Krise nochmal deutlich verschärfen.

Im Gemeindegebiet gibt es keinen ausreichenden „kleinen“ Wohnraum (40 bis 60 m²) und vor allem auch keinen „kleinen“ für Normalverdiener bezahlbaren Wohnraum, obwohl der Bedarf statistisch zukünftig in Deutschland deutlich wächst. Bei Singles; Rentnern, jungen Familien oder auch bei Studenten, die in Brüggem die Nähe zu Venlo suchen oder auch jungen Menschen und Berufstätigen die in Zukunft ihren Arbeitsplatz im Westkreis finden wollen, wird der Bedarf an solchen Wohnungen stetig steigen.

Es wird für viele Menschen immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deshalb wollen wir genügend bezahlbaren Wohnraum in Brüggem schaffen.

Die aktuellen Vorhaben decken bei weitem nicht den Bedarf, den wir bereits in der Vergangenheit angemeldet haben, aber wie wir auch bei den Haushaltsdiskussionen der letzten Jahre und bei jeder Gelegenheit im Rat der Burggemeinde einbringen.

Des Weiteren haben die Sozialdemokraten im Bund dafür gesorgt das MieterInnen besser vor überhöhten Mieten und Verdrängung geschützt werden. Dieser bessere Schutz für MieterInnen bringt natürlich nur etwas, wenn auch genügend Wohnraum geschaffen wird.

Wohnen muss für alle Menschen bezahlbar sein. Niemand soll Angst haben, aus der Nachbarschaft oder seiner Region verdrängt zu werden. Deshalb stärken die Sozialdemokraten die Rechte von MieterInnen. mit dem Mieterschutzgesetz, das seit 2019 in Kraft ist.

Die Umlage der Modernisierungskosten wurde von 11 auf 8 % verringert. Außerdem darf eine Monatsmiete wegen Modernisierungen innerhalb von sechs Jahren nur noch um 3 EUR pro Quadratmeter steigen. Damit haben wir die Möglichkeiten zu unkontrollierter Mieterhöhung stark reduziert und auch „Heraus-modernisieren“ durch mögliche Bußgelder unterbunden.

Ein Werkzeug, wie die Ermittlung eines qualifizierten Mietspiegels wurden in Brüggem quasi unterbunden. Hier haben wir einen Antrag im Rat unterstützt, aber konnten gemeinsam mit dem Antragsteller keinen Erfolg erzielen.

All diese Werkzeuge, wie Mieterschutzgesetz, Mietspiegel oder Erhöhung des Wohngeldes nützen natürlich nichts, wenn man den bezahlbaren Wohnraum nicht baut. Hier geht es nicht nur um den sozialen Wohnungsbau, sondern jetzt viel mehr um bezahlbaren Wohnungsbau.

Die SPD bleibt weiter dran, damit auch für jeden Menschen in Brüggem sein Zuhause bleibt.

Manuel des Sousa
Ratsmitglied
der Burggemeinde Brüggem

Kontakt:
Platanenweg 21
41379 Brüggem



SPD-Ratsmitglieder spenden für die Ukraine



Photo: Michael Bungarten

Der völkerrechtswidrige Überfall der Ukraine durch Russland schockiert nicht nur, sondern geht uns alle darüber hinaus etwas an.

Die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gefährdet den Frieden weit über die Grenzen der direkt beteiligten Staaten hinaus und eine bis dato „gefühlte“ Sicherheit vor einem Krieg ist endgültig dahin.

Putin zeigt, er ist ein Verbrecher an der Menschheit!

Ganz besonders verheerend und unerträglich sind die Schäden und das Leid der Bevölkerung in der Ukraine und den Geflüchteten.

Die schrecklichen täglichen Meldungen dürfen uns aber nicht lähmen, sondern müssen uns aktiv machen. Dazu ist jeder in Freiheit lebende Mensch unbedingt aufgerufen. Wir müssen für den Frieden mit wirksamen Mitteln kämpfen, „laut“ werden und eindeutig Stellung beziehen. Schweigen spielt dem Diktator Putin in die Karten.

Darüber hinaus ist es aber im Augenblick ganz besonders wichtig, den in schlimme Not geratenen Menschen direkt zu helfen. Deshalb haben sich die SPD-Ratsmitglieder und die sachkundigen Bürger aus der Burggemeinde Brüggen auch sehr schnell dafür entschieden, Geld an Hilfsorganisationen zu spenden, die in der Ukraine tätig sind.

Mit dieser Spende verzichtet der SPD-Ortsverein nach Vorstandsbeschluss bewusst auf Einnahmen für die Parteiarbeit durch die Mandatsträger. Mit der Entscheidung, Geld- statt Sachspenden zu geben, soll eine bestmögliche Unterstützung je nach Bedarf sichergestellt werden und um eine koordinierte Hilfe zu ermöglichen.

Mit dieser Spende ruft die SPD-Brüggen auf, helfen Sie ALLE mit und werden Sie aktiv! Ein Putin darf und kann uns nicht handlungsunfähig oder sprachlos machen. Ganz im Gegenteil!

Aktuelle Informationen aus dem Kreis erhalten Sie auf:

<https://www.kreis-viersen.de/ukraine-hilfe-des-kreises-viersen>

Klaus Meyer
Sachkundiger Bürger
der Burggemeinde Brüggen
Rechnungsprüfungsausschuss
Ausschuss für Natur, Umwelt,
Land- und Forstwirtschaft
Kontakt:
Stevensend 10
41379 Brüggen



Ehrungen

2019 - **Ulrike Schütt** 15 Jahre Mitglied der SPD, Mitglied des Rates, seit 2020 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Generationen und Teilhabe und stellvertr. Fraktionsvorsitzende, als sachkundige Bürgerin ist sie Mitglied im Ausschuss für Soziales und Senioren des Kreises Viersen.

Monika Flöth konnte 2020 auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Monika Flöth war viele Jahre Vorstandsmitglied im Ortsverein, davon 15 Jahre als Vorsitzende.

Außerdem war sie Vorstandsmitglied der Kreis-SPD. Zehn Jahre vertrat sie die SPD im Rat der Burggemeinde, davon 5 Jahre als 2. Stellv. Bürgermeisterin.

Georg Rumi ein Urgestein der SPD: 50 Jahre Mitgliedschaft. Er wird bei den Jusos aktiv und deren Vorsitzender. 1975 zieht er erstmals in den Rat ein. Er war Schriftführer, stellv. Vorsitzender und wiederholt Vorsitzender des Ortsvereins. In der Fraktion war er Geschäftsführer und stellv. Fraktionsvorsitzender. Über viele Jahre war er Aufsichtsratsvorsitzender der Gemeindewerke. Im Kreis war er als sachkundiger Bürger aktiv. Seit 2014 erneut Ratsmitglied in Brüggen. In diesem Jahr wurde ihm für sein langjähriges Wirken für die SPD die Willy-Brandt-Medaille verliehen.

Ebenfalls 40 Jahre in der Partei ist **Udo Rosowski**, der am Tag des Misstrauensvotums gegen Helmut Schmidt in Düsseldorf in die Partei eintrat. Bereits vorher war er im größten Düsseldorfer Ortsverein Benrath-Urdenbach als Jugendleiter aktiv. Nach seinem Eintritt wird er dort zunächst stellv. Kassierer, kurz darauf Schatzmeister und vertritt als Juso-Kommissar die Jusos der Ortsvereine von Düsseldorf-Süd. 1987 wird er zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. 1989 zieht er mit Familie nach Brüggen, wo er bereits in den 70er Jahren gewohnt hatte. Er wird aktiv im Ortsverein Brüggen und 1992 zum Bildungsobmann gewählt. Bei den Kommunalwahlen 1994 erhält er ein Ratsmandat und wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wie auch bei der Wahl 1999. 1999, 2004 und 2014 kandidierte er als Bürgermeister für Brüggen.

weitere Informationen zu den Ehrungen im Internet auf:

<https://www.spd-brueggen.de/>

Impressum

Redaktion:

Michael Bungarten, Georg Rumi,
Frank Otten, Manuel de Sousa,
Klaus Meyer, Udo Rosowski

Herausgeber:

Georg Rumi
Vorsitzender SPD-Ortsverein
Hochstrasse 70, 41379 Brüggen
georg.rumi@spd-brueggen.de
Tel.: 02163-6501

Druck:

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c, 01277 Dresden

Im Internet



scan me